

„EUROPA DER BÜRGER“

Parlamente und Bürgerbeteiligung

SCHLUSSFOLGERUNGEN VON HERRN PETER SCHIEDER, PRÄSIDENT DER PARLAMANTARISCHEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATES

19. Mai 2004

Die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten diskutierte drei unterschiedliche und dennoch eng miteinander verbundene Themen, die jetzt politisch und praktisch weiterverfolgt werden müssen. Sie stimmte ebenfalls überein, dass die in Zagreb auf der letzten Konferenz über Terrorismusbekämpfung getroffenen Beschlüsse weiterhin einer Weiterverfolgung bedürfen.

Ich werde nur acht kleine praktische Vorschläge unterbreiten und Sie nicht damit überraschen, dass ich neue Punkte erfinde – das wäre unfair und unprofessionell. Ich werde lediglich die konkreten Punkte aufgreifen, die von Ihnen in den beiden letzten Tagen angemerkt wurden.

1. Was die beiden ersten Hauptthemen angeht – „Wie demokratisch ist unsere Demokratie“ und „Moderne Technologien und demokratische Verfahren“ – müssen wir die neuen Entwicklungen in diesen Bereichen genau verfolgen und die Erfahrungen mit ihnen austauschen. Wir sollten daher in den kommenden Monaten ein oder zwei nationale Parlamente für jedes Thema finden, die bereit sind, gemeinsam mit dem Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung und den am Grünbuch des Europarates über die Zukunft der Demokratie in Europa arbeitenden Sachverständigen, als eine Art Informationssammelstelle und Server für den Erfahrungsaustausch zu dienen. Die interessante Diskussion über das zweite Thema machte deutlich, dass beide Seiten der kontroversen Diskussion analysiert werden sollten. Ich werde Ihnen die vorgeschlagenen Namen bis zum Ende des Jahres mitteilen.

2. Den Vorschlägen der Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der WEU, der Versammlung der NATO, Vertretern der EU und mehreren anderen Parlamentspräsidenten zufolge sollten die Anstrengungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den bestehenden parlamentarischen Versammlung auf europäischer Ebene erhöht werden, besonders auf dem Gebiet der Wahlbeobachtung. Gleichzeitig sollte eine bessere Möglichkeit zur Integration subregionaler Versammlungen in unsere Arbeit und in die gesamte europäische Arbeit gefunden und entwickelt werden.

3. Es bestand Übereinstimmung darin, dass wir bereit sein sollten, uns gegenseitig zu helfen und auch in Angelegenheiten von nationaler Bedeutung einzugreifen oder zu vermitteln, wenn die nationalen Parlamente darum ersuchen. Ein jüngstes erfolgreiches Beispiel für eine Vermittlung ist meiner Ansicht nach das, was die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) auf Anfrage des Bulgarischen Parlaments im Falle der Inhaftierung in Libyen und der Verurteilung zum Tode von fünf bulgarischen Mitgliedern eines internationalen Ärzteteams getan hat. Wir arbeiten noch immer an diesem Fall und hoffen, dass das Gericht in Tripolis seine Haltung prüfen wird.

4. Nach dem Vorschlag von Präsident Mota Amaral sollten wir die Frage der parlamentarischen Dimension bestehender internationaler und europäischer Organisationen und der Kriterien für eine Aufnahme nationaler Parlamentarier in die nationalen Delegationen

für diese Organisationen genau untersuchen. Ich denke, es wäre sehr nützlich, wenn wir ihnen eine ausführliche Liste mit den bestehenden Möglichkeiten für weitere Maßnahmen zukommen lassen würden. Diese Liste sollte gemeinsam vom PACE-Sekretariat und den Generalsekretären der nationalen Parlamente erstellt werden.

5. Eine weitere wichtige Frage war die Gewährleistung der Vertretung der nationalen Parlamente durch diese Konferenz und über die Parlamentarische Versammlung des Europarates bei der Arbeit wichtiger Institutionen des Europarates wie der Venedig-Kommission, dem Nord-Süd-Zentrum und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz. Die PACE sollte gebeten werden, Lösungen zu finden, wie der Informationsfluss zwischen diesen Institutionen und den nationalen Parlamenten gewährleistet werden kann. Dies sollte ab dem nächsten Jahr umgesetzt werden.

6. Die PACE sollte gebeten werden, möglicherweise auch über eine Satzungsänderung Mittel und Wege zu finden, von nationalen Versammlungen ausgehende Vorschläge besser in die konkrete Arbeit der PACE einfließen zu lassen – beispielsweise, indem ihnen das Recht erteilt wird, Anträge bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einzureichen. Andererseits sollten die nationalen Versammlungen gebeten werden, die Empfehlungen und Entschließungen der PACE in ihre Arbeit und ihre gesetzgeberischen Aufgaben auf nationaler Ebene aufzunehmen.

7. Ein weiterer Vorschlag besteht darin, die Parlamentarische Versammlung des Europarates als einen dynamischen und kompetenten Anbieter von Informationsdaten für die Parlamente anzusehen. Wir sollten beginnen, auf allen Ebenen daran zu arbeiten und die Generalsekretäre der nationalen Parlamente ersuchen, gegenüber dem PACE-Sekretariat spezielle Wünsche und Vorschläge von Seiten der nationalen Parlamente zu äußern, damit im nächsten Jahr mit der Umsetzung der Datenbank begonnen werden kann.

8. Die nächste Konferenz der Parlamentspräsidenten wird 2006, vorzugsweise im Frühjahr dieses Jahres, stattfinden. Im Hinblick auf den Konferenzort sind zwei offizielle Einladungen von der Präsidentin des estnischen Riigikogu, Frau Ene Ergma, und von dem Präsidenten des Föderationsrates der Russischen Föderation, Herrn Sergey Mironow, eingegangen. Darüber hinaus hat der Präsident des Parlaments von Finnland während der Sitzung erklärt, dass das finnische Parlament sich freuen würde, die Parlamentspräsidenten 2006 anlässlich der Feiern zum hundertjährigen Bestehen des Parlaments zu begrüßen. Wir freuen uns sehr über das große Interesse mehrerer Parlamente, Gastgeber der nächsten Konferenz zu sein, und ich möchte allen Ländern unseren ehrlichen Dank aussprechen. Wir können jetzt noch keine Entscheidung treffen. Es wird die Aufgabe des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sein, uns gemeinsam mit den Generalsekretären der Parlamente der betroffenen Länder so bald wie möglich Vorschläge zu unterbreiten.

Ich werde alle Präsidenten der nationalen Parlamente Ende des Jahres über die geleistete Arbeit unterrichten.